

Kreisblatt Titelseite 03.07.2013

SPD will Bürger bei B 212 mehr einbinden

Über die Möglichkeit stärkerer Bürgerbeteiligung bei großen Verkehrsprojekten haben die SPD-Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann und Holger Ortel gestern mit Bürgern in Ganderkesee diskutiert. Wichtigstes Thema war die B 212 neu. VON JAN ERIC FIEDLER

GANDERKESEE-DELMENHORST. Derzeit wird der neue Bundesverkehrswegeplan (BVWP) für den Zeitraum von 2015 bis 2030 erarbeitet. Interessant für die Bürger aus Delmenhorst und Ganderkesee ist dabei vor allem die B 212 neu.

Die Möglichkeiten, sich bei diesem Projekt einzubringen, diskutierten die SPD-Bundestagsabgeordneten Holger Ortel und Kirsten Lühmann sowie die Bundestagskandidatin Susanne Mittag gestern unter dem Titel „Vorfahrt für Bürgerbeteiligung“ mit rund 50 Gästen im Schützenhof

Ganderkesee. Die B 212 neu gehört zu den 228 Projekten, die das Landeskabinett in der vergangenen Woche für den BVWP zur Bewertung vorgelegt hat.

Die Ortsumgehung Delmenhorst (B 213) befindet sich allerdings nicht darauf, da die Variante auf der Liste keinen Anschluss der B 212 an die Stedinger Landstraße mehr vorsieht. In der Mitteilung des Niedersächsischen Verkehrsministeriums dazu heißt es aber, dass die Bewertung lediglich ein Zwischenschritt sei und ihre Ergebnisse öffentlich diskutiert werden sol-

len. Anschließend soll der Bundesregierung Ende 2014 eine Prioritätenliste für den BVWP zugeleitet werden.

Lühmann, Mitglied im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages, bezeichnete das Auftauchen der B 212 auf der Liste als „Platzhalter“. Würde sie nicht angemeldet werden, könnte das Projekt in den nächsten 15 Jahren – egal mit welcher Trasse – nicht realisiert werden. Sie hält die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei solchen Projekten derzeit für zu begrenzt. „Wenn wir von Anfang an Bürgermeister und Anwohner befragt hätten, wären wir schon viel weiter“, sagte sie. Eine Bürgerbeteiligung könne auch darüber entscheiden, welche Projekte des BVWP realisiert

werden, denn der Investitionsrahmen sei sehr eng.

Für eine bessere Bürgerbeteiligung seien aber mehrere Gesetzesänderungen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene notwendig. „Ich bin mir sicher, dass wir dann eine Straße bekommen, die sie brauchen, mit einer Trasse, die akzeptabel ist“, sagte Lühmann. Martin Clausen von der Interessengemeinschaft B 212-freies Deich- und Sandhausen griff in der anschließenden Diskussion die Idee auf, Bürgerinitiativen mit einem Budget auszustatten, um sie besser für die ihre Arbeit auszustatten, sie zu professionalisieren und mit die Finanzierung von Gutachten zu ermöglichen.

■ Ihre Meinung zum Beitrag: jan.eric.fiedler@dk-online.de